



Kiel, 26. März 2010

Sperrfrist: 26. März 2010, 10.00 Uhr

Pressemitteilung

Ergebnisbericht 2010

„Nur wenn Schleswig-Holstein ernsthaft und konsequent seine Neuverschuldung abbaut, kann es mit Konsolidierungshilfen von 80 Mio. € pro Jahr bis 2019 rechnen“, sagte der Präsident des Landesrechnungshofs, **Dr. Aloys Altmann**, heute anlässlich der Vorstellung des Ergebnisberichts 2010 in Kiel.

Zwar sei es richtig gewesen, die Haushaltssanierung auszusetzen, um der Finanzkrise entgegenzuwirken. Dies habe aber zu zusätzlichen Schulden geführt. Sobald das Konjunkturtal durchschritten sei, müsse das Land daher wieder sparen. Die ins Leben gerufene Haushaltsstrukturkommission stelle ein geeignetes Instrument dar, um endlich den Weg einer Haushaltssanierung und einer nachhaltigen Finanzpolitik zu beschreiten. Hier könnten auch die Anregungen des Landesrechnungshofs hilfreich sein.

Der Ergebnisbericht 2010 enthält Beispiele dafür, wie Sparvorschläge des Rechnungshofs aus den Jahren 2005 bis 2009 von Regierung und Parlament in der Praxis umgesetzt wurden.

Diese Pressemitteilung ist im Internet abrufbar unter folgender Adresse:

<http://www.lrh.schleswig-holstein.de>

Bei Rückfragen: Pressesprecherin des LRH, Ulrike Klindt, Tel.: 0431/6641-423,
Handy: 0176 21257180, Fax: 0431/6641-438, E-Mail: Poststelle@lrh.landsh.de.

Der Bericht macht deutlich, dass die Landesregierung in zahlreichen Fällen die Vorschläge des LRH umgesetzt hat oder umsetzen wird:

- So gibt das Land im Bundesvergleich bisher zu viel Geld für **das Freiwillige Ökologische Jahr** aus. Das Umweltministerium will daher sein finanzielles Engagement entsprechend den Vorschlägen des Rechnungshofs reduzieren. (S. 28)
- Bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen hat das **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** in der Vergangenheit sowohl gegen Vergaberecht als auch gegen die eigene Beschaffungsordnung verstoßen. Mit der Einrichtung eines zentralen Wirtschafts- und Versorgungsbereichs können Beschaffungen nun besser koordiniert werden. Selbstständige Beschaffungen ohne Einschaltung der Beschaffungsstelle werden unterbunden. (S. 42)
- Das Land hielt in Lübeck und Neumünster zu viele **Unterkünfte für Asylbewerber** bereit. Die Auslastung lag zuletzt bei nur noch 45 %. Zum Jahresende 2009 wurde die Unterkunft in Lübeck geschlossen. Das Innenministerium hatte - wie vom Rechnungshof gefordert - dieser Standortentscheidung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zugrunde gelegt. (S. 20)

Der Ergebnisbericht zeigt jedoch auch, dass das Land bisher Vorschläge des Rechnungshofs nicht umgesetzt hat, obwohl sich mit ihnen Millionen sparen lassen:

- So wurden die mit der **Fusion der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein** möglichen Einsparungen nicht ausgeschöpft. Ein Nachsteuern ist dringend erforderlich. (S. 21)

- Der **Schleswig-Holsteinische Kirchenvertrag** gilt seit 1957 unverändert. Die Berechnungsgrundlage für die Staatsleistungen bedarf jedoch der Überarbeitung. Der LRH sieht Einsparpotenziale in Millionenhöhe, wenn die Staatsleistungen nicht automatisch an die schleswig-holsteinische Beamtenbesoldung angepasst werden. (S. 15)

- Ferner setzt das Land die Prioritäten beim **Radwegebau** falsch. Es muss Radfahren innerorts sicherer machen. Stattdessen baut und fördert es Radwege an Straßen, die weder gefährlich sind noch sonst einen Bedarf begründen. Hierdurch verschwendet das Land ebenfalls Millionen. (S. 45)

Der Ergebnisbericht 2010 wendet sich auch wieder konsequent dagegen, bestimmte Bereiche von Einsparungen ganz oder größtenteils auszunehmen:

- So ist die **Organisation der Polizeidienststellen** unterhalb der Ebene der Polizeidirektionen kleinteilig und uneinheitlich. Es sollte eine Konzentration auf leistungsstärkere Dienststellen erfolgen. Dafür sind Polizeireviere mit einer Mindeststärke von 30 Polizeibeamten zu schaffen. (S. 18)

- Die Landesregierung muss endlich die **Polizei-Bigband** auflösen. Hierdurch lassen sich jährlich 1,2 Mio. € einsparen. Die Haushaltslage zwingt das Land, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Eine Polizei-Bigband gehört nicht dazu. (S. 19)

- Das **Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz** muss sich auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren und so Personal und Kosten einsparen. Die Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sollten dieses Thema aufgreifen. (S. 52)